

«Doris Leuthard argumentiert zu einseitig»

FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger kämpft gegen die Werbeallianz der SRG



Private Medien schützen. Daniela Schneeberger will verhindern, dass die SRG ihre Werbefinanzierung ausdehnt. Foto Nicole Pont

Von Patrick Griesser

BaZ: Frau Schneeberger, bislang zählte Medienpolitik nicht zu Ihren bevorzugten Politikfeldern. Weshalb kritisieren Sie die Werbeallianz von SRG, Swisscom und Ringier?

Daniela Schneeberger: Es ist wahr, bislang war das kein grosses Thema für mich, denn es gab auch keinen Grund dazu. Als ich aber die Situation der Werbeallianz gesehen habe, war klar Handlungsbedarf angezeigt. Der Grund ist einfach: Die direkte Demokratie ist auf Medienvielfalt angewiesen. Wir brauchen staatliche und private Medien. Eine Ausdehnung der Werbefinanzierung der SRG – und darauf zielt die Allianz ab – sehe ich nicht ein, denn darunter leiden alle anderen, die nicht so komfortabel finanziert sind. Die Wertschöpfung der geplanten Kooperation beruht auf der Auswertung von Daten der Swisscom- und SRG-Kunden.

Müssten Sie als liberale Politikerin nicht froh sein, wenn staatlich kontrollierte Unternehmen gewinnorientiert arbeiten?

Das sehe ich differenzierter. Man darf nicht alles in einen Topf werfen. Bei der Swisscom ist die Situation eindeutig. Sie muss als börsenkotierte Aktiengesellschaft Gewinne machen. Aber sie sollte sich an ihr Kerngeschäft halten. So steht es auch im Auftrag des Bundesrates an den Verwaltungsrat. Ich lese dort nirgends, dass die Swisscom nun auch Fernsehwerbung vermarkten soll. Bei der SRG sieht die Sache anders aus. Sie darf keine Gewinne machen, sondern soll mit den Gebühren haushälterisch umgehen. Die Gebühren sollen die Kosten decken. Die Zahl der Einwohner in der Schweiz steigt und damit auch die Gebühreneinnahmen. Ergo müssten die Abgaben pro Kopf eigentlich sinken. Das ist aber nicht der Fall. Macht es wirklich Sinn, dass die SRG zu einem Unternehmen ausgebaut wird, das immer kommerzieller wird und nun auch noch seine Werbeeinnahmen maximiert?

In einer Interpellation kritisieren Sie, dass die Zusammenarbeit zwischen

SRG, Ringier und der Swisscom ohne Auflagen von der Wettbewerbskommission bewilligt worden sei. Warum entkräftet das Ja der Wettbewerbskommission nicht die Kritik an der Allianz?

Der Entscheid der Weko ist aus meiner Sicht gar nicht das Thema. Die Weko hat richtig gehandelt. Sie kann nur beurteilen, ob ein Zusammenschluss aus wettbewerbsrechtlicher Sicht problematisch wäre. Der Entscheid der Weko, keine Auflagen zu machen, ist gleichsam ein Auftrag an die Politik, das Dossier aufzunehmen. Es geht um die Frage, ob wir Staatsmedien als Grundlage der Informationskultur sehen oder als Ergänzung zu privaten, staatsunabhängigen Verlagen. Aus meiner Sicht gilt in der Schweiz immer noch der Grundsatz, dass der Staat subsidiär handelt, also nur dann eingreift, wenn ein Privater kein Angebot macht.

«Wir müssen diese Diskussion führen, bevor Fakten geschaffen werden.»

Dramatisieren Sie den Konflikt zwischen der Werbeallianz und den Privatmedien nicht, wenn Sie von einer existenzbedrohenden Situation für die Verlage sprechen?

Ich denke nicht. Heute zeigt sich ja bereits, dass immer mehr Werbung online ist und personalisiert wird. Schauen Sie einmal die Job-Angebote an. Die Anzeigen sind bereits fast alle ins Netz gewandert. Dieser Trend hält an. In ein paar Jahren ist nahezu der gesamte Werbemarkt im Netz, und dann dürfte die Allianz so stark positioniert sein, dass niemand mehr darum herumkommt, mit ihr zu arbeiten. Tritt dieser Fall ein, hängen die privaten Medien definitiv am Trof der Allianzpartner.

Der Datenschutz dürfte auch ein Thema sein.

Das ist ein weiterer Vorbehalt. Jeder Kunde muss einverstanden sein, wenn man dessen Daten nutzen

möchte. Hier bin ich mit dem Datenschützer einer Meinung: Es reicht nicht, wenn man nur die allgemeinen Geschäftsbedingungen unterschrieben hat. Die SRG, die Swisscom und Ringier müssen verpflichtet werden, das Einverständnis der Kunden aktiv einzuholen. Bislang sehe ich auch nicht, was ich als Kundin davon habe, wenn meine Daten genutzt würden. Mindestens eine Preissenkung müsste möglich sein.

Das Bundesamt für Kommunikation hat der SRG vorerst die Zusammenarbeit mit ihren beiden Partnern verboten. Sie fordern in dem Bakom-Verfahren eine Parteistellung des Verbandes Schweizer Medien, zu dem auch diese Zeitung gehört. Vertrauen Sie dem Bakom nicht genug?

Darum geht es nicht. Wenn das Bakom nicht gehandelt hätte, dann wäre die Allianz bereits umgesetzt. Die SRG stellt sich ja auf diesen Standpunkt. Das Mitspracherecht der privaten Medien im Bakom-Verfahren muss meines Erachtens erfüllt sein. Wir bewegen uns hier in einer demokratiepolitischen Debatte: Artikel 93 der Bundesverfassung verlangt, dass Staatsmedien auf die privaten Medien Rücksicht nehmen müssen. Schliesslich leisten alle Medien einen wichtigen Beitrag für die Meinungsvielfalt. Wir müssen diese Diskussion im Parlament führen, bevor Fakten geschaffen werden.

In dem Konflikt haben Sie Bundesrätin Doris Leuthard in einer Fragestunde im Nationalrat vor Kurzem wegen eines Zitats zur wirtschaftlichen Entfaltung von SRG und Swisscom direkt attackiert. Weshalb rückten Sie Leuthard in den Fokus?

Bundesrätin Doris Leuthard argumentiert aus meiner Sicht zu einseitig. Ihre Position, dass die Allianz in Ordnung geht, solange die SRG und die Swisscom mit der Zusammenarbeit Gewinne machen, ist fragwürdig. Als Medienministerin darf Doris Leuthard das Dossier nicht nur aus kommerzieller Sicht bewerten, schliesslich trägt sie in dieser Frage mehrere Hüte. Sie ist nicht nur für die

Swisscom und die SRG verantwortlich, sondern muss beispielsweise auch den Service public sicherstellen, wozu eben die Medienvielfalt zählt und der Vorrang der Privaten. Zudem muss sie den Wettbewerb im Telekom- und dem Medienmarkt ermöglichen.

«Die Abgaben pro Kopf müssten eigentlich sinken. Das ist aber nicht der Fall.»

Im neu zusammengesetzten Nationalrat sind Sie Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Sie haben sich unter anderem den Erhalt der Personenfreizügigkeit auf die Fahne geschrieben. Wie zuversichtlich sind Sie, dass die EU in der Zuwanderungsfrage dem Schweizer Vorschlag einer Schutzklausel folgt?

Der Kanton Baselland hat nun endlich wieder eine liberale Stimme in dieser Kommission. Gerade bei der Unternehmenssteuerreform ist dies ein Vorteil. Auch meine Haltung in der Personenfreizügigkeit ist klar. Wir müssen die Bilateralen sichern. Die Schutzklausel scheint mir nach wie vor ein vernünftiges Instrument. Der Bundesrat sollte sie gegebenenfalls auch einseitig umsetzen.

In der Region Nordwestschweiz wären nicht nur die Zuwanderer, sondern vor allem die Grenzgänger von einer starren Regelung betroffen. Wissen Sie von besorgten Unternehmen?

Ja, natürlich. Es gibt kaum ein Unternehmen, das nicht betroffen ist. Die Politik muss so rasch als möglich Lösungen finden. Ich verstehe den Ärger von Firmen, die wegen der fehlenden Rechtssicherheit unzufrieden sind.

Einer Ihrer politischen Vorstösse des vergangenen Jahres richtete sich gegen eine starre Mineralölsteuer. Mit einer flexiblen Regelung für beispielsweise grenznahe Gebiete wollten Sie dem Tank- und Einkaufstourismus entgegenwirken. Ist das noch liberale Politik?

Auf jeden Fall! Die Mineralölsteuer ist die tragende Säule unserer Verkehrsfinanzierung. Vor allem finanziert sie den öffentlichen Verkehr – die SBB und natürlich auch die Strassen. Früher war es für die deutschen Touristen günstig, in der Schweiz zu tanken, sie haben damit einen Beitrag an die Infrastruktur in der Schweiz geleistet. Mit dem Frankenschock hat sich das geändert. Die ausbleibenden Erträge werden wir spüren. Würden wir die entsprechende Steuer senken, dann wäre das Benzin in der Schweiz wieder auf einem vergleichbaren Preisniveau und wir hätten wieder mehr Einnahmen für die Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur.

Ein erfolgreicher Vorstoss, der nun zum Tragen kommt, war Ihr Engagement für die Aufstockung des Grenzwachtkorps, das Sie schon lange fordern – im Zug der Flüchtlingsdiskussion hat diese Forderung nun neuen Auftrieb erhalten, das dürfte Sie sicher freuen?

Zu Beginn hat sich der Bundesrat dagegengestellt und dann doch eingelenkt. Aus meiner Sicht geht es nicht an, dass wir beim Grenzwachtkorps Kompromisse machen – mein Vorstoss war ursprünglich begründet mit der Zunahme an Einbrüchen. Heute zeigt sich, wie wichtig der Grenzschutz ist.

Sie selbst sind Treuhänderin und haben der Bürokratisierung in Bern den Kampf angesagt. Was stört Sie konkret?

Als Treuhänderin habe ich sehr viel Kontakt mit den KMU. Ich bin auch Präsidentin der Treuhändersuisse. Seit einigen Jahren merke ich, dass wir uns in eine falsche Richtung entwickeln. Der Treuhänder ist eigentlich ein Generalist und Dienstleister, der seinen Kunden von administrativen Aufgaben entlastet und sicherstellt, dass in den Firmen die Gesetze und Vorschriften richtig umgesetzt werden. Nun wird über die Finanzmarkt-aufsicht und durch verschiedene Behörden aber immer mehr geregelt. Die Anforderungen werden immer höher und bürokratischer. Das erhöht den Aufwand für die KMU. Das ist eine unnötige und überzogene Belastung.